



Beate Walter-Rosenheimer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 710 14
☎ (030) 227 - 769 14
✉ beate.walter-rosenheimer@bundestag.de
🌐 www.beate-walter-rosenheimer.de

Ihr Ansprechpartner

Michael Wimmer-Fohry

☎ (030) 227 - 710 13
✉ beate.walter-rosenheimer.ma01@bundestag.de

Beate Walter-Rosenheimer, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Attac Deutschland
Frau Hanni Gramann
Herr Dr. Harald Klimenta
Herr Steffen Stierle
Münchener Straße 48
60329 Frankfurt/Main

Berlin, 27.11.2013

Ihr Schreiben vom 08. November 2013

Sehr geehrte Frau Gramann, sehr geehrter Herr Dr. Klimenta, sehr geehrter Herr Stierle,

für Ihr Schreiben vom 08. November 2013 darf ich mich bei Ihnen bedanken. Sie thematisieren darin Ihre Bedenken gegenüber dem EU-USA-Freihandelsabkommen.

Ich teile Ihre Sorgen hinsichtlich des Abschlusses eines solchen Freihandelsabkommens. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat die Grüne Bundestagsfraktion zu dieser Thematik bereits einen umfassenden Antrag in den deutschen Bundestag eingebracht. Sie finden diese auf Drucksache 17/13925 im Anhang zu diesem Schreiben. Es geht uns darum, klare Kriterien und Mindestanforderungen an ein künftiges Abkommen zu formulieren.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass es durch ein solches Abkommen nicht zu einer Aufweichung von sozialen, kulturellen, datenschutzrechtlichen und ökologischen Standards kommen darf. Dass Sie die geplanten Verhandlungen im Bereich Investitionsschutz bedenklich finden, kann ich sehr gut nachvollziehen. Auch wir Grünen lehnen es ab, dass z.B. Regelungen zu Investoren-Staat-Schiedsgerichtsverfahren in das Abkommen mit aufgenommen werden. Die Details zu unseren Forderungen finden Sie in unserem erwähnten Antrag. Persönlich ist mir besonders wichtig, dass der Import gentechnisch veränderter Lebensmittel und von hormonbehandeltem Fleisch auf den europäischen Markt verhindert werden muss.

Von Anfang an haben wir uns dafür stark gemacht, dass zivilgesellschaftliche Akteure in die TTIP-Gespräch mit einbezogen werden. Leider ist die Transparenz der Gesprächsrunden noch immer nicht hergestellt. Vor allem die deutsche Bundesregierung bremst derzeit alle Initiativen im Rat aus, die das Verhandlungsmandat offiziell der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen möchten.

Auch wir beurteilen die wirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsraten, die in verschiedenen Studien vorausgesagt werden, sehr skeptisch. Allerdings sind wir der Meinung, dass eine solches Abkommen auch Chancen bieten kann. Die Vorteile würden sich etwa durch Harmonisierung von neu zu entwickelnden industriellen Normen ergeben, z.B. in Bereichen wie den Erneuerbaren Energien, Umwelttechnologien oder der Elektromobilität sowie dem Abbau von Handelshemmnissen in Form von umweltschädlichen Subventionen auf beiden Seiten. Wir haben uns daher nicht gegen die Verhandlungen mit den USA ausgesprochen. Das



Beate Walter-Rosenheimer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 27.11.2013

Abkommen sollte nach dem erzielten Verhandlungsergebnis beurteilt werden. Allerdings werden wir ein solches Ergebnis sorgfältig anschauen und nach den von uns formulierten Kriterien bewerten. Sollten diese nicht ausreichend erfüllt sein, werden wir es ablehnen.

Nach dem Bekanntwerden der NSA-Ausspähaktionen haben wir als Fraktion deutlich gemacht, dass zurzeit eine vertrauensvolle Gesprächsgrundlage für Verhandlungen fehlt. Wir haben uns daher dafür ausgesprochen, die Verhandlungen so lange auszusetzen, bis die Bespitzelungsvorwürfe gegen die USA restlos aufgeklärt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen


Beate Walter-Rosenheimer